



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/8

10. Januar 1950

"Bundeskanzler der Satten?"

-nd. Die Basler "Nationalzeitung", der man gewiss nicht Sympathien mit der Bonner Opposition nachsagen kann, hat die kürzliche Rede des

Bundeskanzlers vor der Presse dahin interpretiert, dass Dr. Adenauer versuche, mit der angekündigten "Schreckensbilanz" über seine Ver-

pflichtung hinwegzugleiten, etwas Durchgreifendes für die brennenden sozialen Fragen zu tun. Deutlicher hätte es auch eine deutsche Zeitung

nicht sagen können. Jetzt hat in München der Hohe Kommissar McCloy in einer dezenten Form die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht,

dass die Flüchtlingsfrage immer noch einer Lösung harret. Nun, es häufen sich die Anzeichen dafür, dass vielen Flüchtlingen ein Licht dar-

über aufgegangen ist, dass sie am 14. August eine schlechte Wahl getroffen haben. "Die Opposition hat Sie unlängst den Bundeskanzler der

Alliierten genannt", so apostrophiert eine grosse Flüchtlingszeitung Dr. Adenauer und fährt fort: "Wir gehören nicht zu ihren politischen

Gegnern, Millionen unter uns haben Ihnen ihre Stimme gegeben. Vielleicht ist es darum für Sie von grösserer Bedeutung als jener Vorwurf,

wenn wir uns heute fragen, ob Sie etwa der Bundeskanzler der Satten seien?"

Das ist ein bitteres Wort, aber es kann mit Tatsachen belegt werden. Zur Skizzierung der Bonner Flüchtlingspolitik greifen wir ei-

nige markante Punkte heraus:

1. Als auf der ersten Arbeitstagung des Bundesrates vom Vertreter Niedersachsens ein Entwurf zum teilweisen Flüchtlingsausgleich vorgelegt

wurde, weigerte sich der Bundesflüchtlingsminister, von seinen Befugnissen Gebrauch zu machen. Er sträubte sich gegen eine Rechtsverord-

nung, die dann durch eine Kampf Abstimmung doch erzwungen wurde und wenigstens 300.000 Vertriebene in bessere Verhältnisse bringen wird.

Er sei Föderalist, sagte der Bundesflüchtlingsminister, obwohl er wusste, dass mit Hilfe eines falsch angewandten Föderalismus vier Jahre

lang verhindert wurde, aus dem schleswig-holsteinischen, niedersächsischen und bayerischen Flüchtlingsproblem ein gemeinsames deutsches

werden zu lassen.

2. Den Flüchtlingsmarsch Ulzen-Bonn verlangte der Bundesflüchtlingsminister polizeilich abzustoppen. Er vertritt überhaupt den Standpunkt, dass man auch noch von Westdeutschland aus den Eisernen Vorhang herunterlassen müsse, um sich der Flüchtlinge aus der Ostzone zu erwehren, von denen etwa 60 Prozent Vertriebene aus Ostdeutschland sind, die unter den schwierigen Lebensverhältnissen in der Ostzone noch keinen Fuss fassen konnten.

3. Bei der Diskussion der Steuerreform verschob sich die Einkommensteuer eindeutig zu Gunsten der Finanzstarken. Um die Steuerentgänge nicht gar zu gross werden zu lassen, drückte der Bundesrat eine Halbierung der Steuerfreigrenze für Flüchtlinge durch.

4. Als im Bundestag von der Opposition beantragt wurde, dass die Haushaltshilfe noch vor Weihnachten geleistet werden solle, versuchten die Regierungsparteien durch Ausschussüberweisung diese Bemühungen zunichtezumachen. Hätte die Opposition nicht auf namentliche Abstimmung bestanden und damit zwar nicht das soziale Gewissen, aber doch die Angst der Regierungsparteien geweckt, müssten die Vertriebenen heute noch auf diese kleine Hilfe warten.

5. Als die Frage des Lastenausgleichs wieder einmal diskutiert wurde, fragte der Bundesfinanzminister, ob ein solcher überhaupt ohne Bürgerkrieg möglich sei, und der zuständige Bundestagsausschuss musste erklären, dass er von der Regierung noch keinerlei konkrete Vorschläge erhalten habe.

6. Um die Ansprüche der ostvertriebenen Beamten festzuteilen, bedient sich die Regierung eines zeitraubenden Ermittlungsverfahrens. Das ist zwar notwendig, aber man hätte gleichlaufend mit einer Interimslösung der grössten Not heute schon abhelfen können.

Es gehört zu den unbegreiflichen Erscheinungen, dass ein erheblicher Teil der Vertriebenen die heutigen Regierungsparteien gewählt hat. Das Bild von demjenigen, der sich sein eigenes Grab schaufelt, ist hier kaum noch von der Hand zu weisen. Jedoch, man möge sich nicht einer Selbsttäuschung hingeben und in der angeführten Flüchtlingszeitung kann als Forderung der Stunde jeder Interessierte das nachlesen, was an dieser Stelle wiederholt verlangt worden ist: eine Revolutionierung unserer Gesetzgebung. Würde der Bundesfinanzminister die wahre

10.1.1950

Stimmung unter den Vertriebenen kennen, dann hätte er das Wort vom Bürgerkrieg nicht so leichtsinnig in den Mund genommen. Noch ist es möglich, die revolutionäre Gärung durch eine revolutionäre Auffassung in der Gesetzgebung aufzufangen. Aber viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren, sonst kann dereinst der Bundesfinanzminister als Prophet in die Geschichte eingehen. Es wird kein schönes Kapitel der Geschichte sein.

"Immer noch links"

E.U. London, 10. Januar 1950

Am 12. Januar gibt eine Gruppe von 12 Labour-Abgeordneten eine Broschüre heraus, die eine Fortsetzung und Modifizierung der sehr bekannt gewordenen Schrift "Keep Left" (Haltet Links-Kurs) ist. Man erinnert sich, dass sich schon drei Monate nach dem Laboursieg im Jahre 1945 eine Gruppe von mehr als 50 Abgeordneten dieser Partei zusammensetzte, die sich "Keep Left" nannten und besonders durch ihre Kritik an Bevin bekannt wurden. Die Entwicklung der russischen Politik und die Aggression der Kommunisten in allen Ländern hat diese Gruppe sehr geschwächt und die Annahme und die Erfolge der Marshallhilfe hatte sie zunächst vollends erledigt.

Aber im vorigen Sommer trafen sich 12 Abgeordnete wiederum regelmäßig, um die alte Gruppe noch einmal aufleben zu lassen. Richard Crossman und Harold Davies, die damaligen Wortführer, sind in der neuen Gruppe zusammen mit zwei ehemaligen Liberalen, Sir Richard Acland und Rom Horabin, und drei parlamentarischen Sekretären: George Wigg für Shinwell (Kriegsministerium), Barbara Castle für Harold Wilson (Handelsministerium) und Donald Bruce für Aneurin Bevan (Gesundheitsministerium).

Die Anwesenheit dieser drei ist an sich schon ein Beweis dafür, dass die Partei jetzt vor der Wahl steht, und viele der Mitglieder fürchten, durch zu scharfe Kritik der Partei selbst zu schaden. Allerdings werden von dieser Gruppe einige Abgeordnete kaum mehr in das neue Parlament zurückgewählt werden, da ihre Majorität schon bei der letzten Wahl recht gering war und man generell doch mit einem gewissen Stimmenrückgang rechnet. Die neue Broschüre ist thematisch nicht auf aussenpolitische Fragen beschränkt. Sie ist in vier Kapitel eingeteilt, die sich ausser auf Aussenpolitik und Verteidigung auch auf die sozialistischen Prinzipien, die Leistungen der Partei in den

vergangenen fünf Jahren und die Probleme der Vollbeschäftigung und des Sozialismus im allgemeinen verteilten.

In dem aussenpolitischen Kapitel wird auf die Fehler der jüngsten Vergangenheit hingewiesen, wobei das Versagen der englischen Regierung vor allem in den Fragen der Ruhrkontrolle und der Einführung der Währungsreform besonders erwähnt wird. Ein Kapitel ist der viel erörterten Wiederaufrüstung Deutschlands gewidmet, die ohne Vorbehalt abgelehnt wird. Ihre zukünftige Aufgabe sehen diese politischen Protestanten besonders darin, wirkliche Führer des europäischen Sozialismus zu werden und den deutschen Sozialisten zum Sieg in den nächsten Wahlen zu helfen, da nur er mit dazu beitragen könne, ein Gegengewicht gegenüber der Stärke der mehr oder weniger reaktionär geführten Länder Europas bilden könne.

Diese Broschüre wird zweifellos von der überwiegenden Mehrheit der Partei als ein konstruktiver Beitrag für das Labour-Programm angesehen, und der Generalsekretär der Partei, Morgan Phillips, hat schon seine "angenehme Überraschung" zum Ausdruck gebracht, obwohl er mit einigen kleineren Punkten nicht einverstanden ist. Auch Stafford Cripps soll von ihr günstig beeindruckt sein.

Natürlich fehlt es nicht an kritischen Stimmen. Die einen bedauern, dass die zwölf nicht etwas weiter in ihren Vorschlägen gegangen sind, andere wenden sich gegen Stil und Aufmachung. Vor allem sei sie viel zu "intellektuell", um einen wirklich grossen Teil der Arbeiterschaft, an die sie doch in erster Linie gerichtet ist, zu erreichen. Man hat den betont linksstehenden Abgeordneten der Labour Party schon oft diesen Vorwurf gemacht, dass sie die Verbindung gerade mit dem Arbeiter und auch dem einfachen Gewerkschaftsmitglied nicht eng genug gestalten können. So ist es zu bedauern, dass diese Broschüre, die gerade in diesem Augenblick von sehr grossem Wert hätte sein können, nur einen relativ kleinen Teil des Publikums ansprechen wird.

Re-Schachtisierung

sp. In den nächsten Wochen soll Dr. Hjalmar Schacht in Niedersachsen entnazifiziert werden. Es ist noch in Schwebelage, ob in Lüneburg, wie er aus begreiflichen Gründen will, oder in Hannover, wie es die Umstände erfordern. Denn es ist unleugbar, dass Schacht "ein Fall von besonderer Bedeutung" ist, über den nach den geltenden Bestimmungen der Entnazifizierungsminister verfügen kann.

Von Schacht ungewollt, fällt das Verfahren in eine Zeit, die für Entnazifizierungen nicht mehr viel übrig hat; die Zeit hat also für Schacht gearbeitet, obwohl er nichts unversucht gelassen hat, das Verfahren zu beschleunigen. Für Schacht hat aber noch mehr gearbeitet als die Zeit. Ausser seiner unbestrittenen Intelligenz, seiner geschickten Verhandlungstaktik und seinen nicht zu unterschätzenden Freunden hat für Schacht ein Faktor gearbeitet, den er ursprünglich nicht mit einkalkuliert hatte: die merkwürdige Ratlosigkeit der Stuttgarter Entnazifizierungsbehörden. Schacht wurde in erster Instanz zum Hauptschuldigen erklärt, in zweiter Instanz entlastet. Der letzte Spruch wurde kassiert, in einem neuen Berufungsverfahren die Berufung verworfen. Auch dieser Spruch wurde kassiert und in einem weiteren Berufungsverfahren Stuttgart für unzuständig erklärt. Nunmehr kam die dritte Kassation und schliesslich wurde auch diese Kassation zurückgenommen, also die Unzuständigkeit Stuttgarts als rechtskräftig hingestellt. Schacht wäre nicht Schacht, würde er nicht diese, gelinde gesagt, unschwäbische Ratlosigkeit, ausnutzen. Er hat es verstanden, sie zunächst in ein Mitleid "mit dem armen alten Mann" umzumünzen.

Somit soll Hannover tun, was Stuttgart zu tun nicht wagte: festzustellen, ob Schacht für die neue deutsche Demokratie tragbar ist oder nicht. Nach den Stuttgarter Urteilen und behaftet mit der geschilderten Komik, ist das ein schwieriges Urteil, wie man zugeben wird; noch schwieriger dadurch, dass die Fama mit wachsender Lautstärke verkündet, Männer wie Schacht müsste man heute in Deutschland mit der Laterne suchen und was die Deutschen nicht taten, das besorgten die Engländer, nämlich, sich seine "einmaligen Fähigkeiten" nutzbar zu machen.

Schacht ist in Nürnberg freigesprochen worden, das bedeutet, dass die Engländer an ihm, soweit es die Entnazifizierung betrifft, desinteressiert sind, dass also Schacht für die den Besatzungsmächten vorbehaltenen Gruppen I und II ausscheidet. Eine Wiederholung des

ersten Spruches von Stuttgart, auch wenn sie beabsichtigt wäre, ist also ausgeschlossen. Es bleibt somit die Gruppe III mit ihren berufs-

beschränkenden Klauseln, sofern man die Hilfe, die Schacht Hitler am Anfang des Dritten Reiches bot, höher einschätzt als die Kz-Haft,

die derselbe Schacht nach dem 20. Juli auf sich nehmen musste. Schacht selbst schätzt umgekehrt, d.h., er wischt das erstere mit einer Hand-

bewegung weg und schöpft mit beiden Händen aus dem letzteren. Und er fühlt sich so stark (und so unschuldig), dass er bereits den Zeitpunkt

für gekommen erachtet, gegen die neue deutsche Demokratie Front zu machen. "Dieselben Bankrott-Politiker", so schrieb er in einem an die

unrichtige Stelle geratenen Brief, "führen wie nach 1918 auf den Trümmern und Wunden des deutschen Volkes auch heute wieder ihr behag-

liches Schmarotzerleben im Schutze der Besatzungsmacht. Aber die Vergeltung wird nicht ausbleiben, sie ist näher, als diese Marionetten

denken".

Auch wenn Schacht in Gruppe III käme, wäre er nur für zwei Jahre kaltgestellt, denn nach den heutigen Entnazifizierungsbestimmungen

steigt er automatisch nach Ablauf dieser Zeit in Gruppe V. Vielleicht gibt es dann wieder eine Remilitarisierung zu finanzieren und man könn-

te dann von der ersehnten Re-Schachtisierung sprechen, einem erneuten, durch die Entnazifizierungsgesetze geläuterten Zusammenspiel zwischen

dem "Finanzgenie" und der Schwerindustrie.

Damit kommt Herr Seeborn aus

sp. Der Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn hat heftig auf eine Äusserung des Bundestagsabgeordneten Wehner (SPD) reagiert, nach der Seeborn "bei der Erhöhung der Treibstoffpreise weniger als Verkehrsminister, denn als Grossaktionär der Erdölfirma Deilmann gehandelt zu haben scheint". (Gemeint ist die C.Deilmann-Bergbau-G.m.b.H., Dortmund und B e n t h e i m). Seeborn hat erklären lassen, er sei niemals als Grossaktionär oder sonstwie an dieser Firma beteiligt, sondern lediglich bis zur Übernahme seines Ministeramtes als ihr Geschäftsführer tätig gewesen. Das mag zutreffen. Wahrscheinlich hat Dr. Seeborn, so wie es die formelle Vorschrift verlangt, auch seine Vorstandsämter bei der Deutschen Tiefbohr-AG, Aschersleben - B e n t h e i m und im Wirtschaftsverband Erdölgewinnung niedergelegt.

Aber dem Minister Seeborn ist in einer gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Wirtschaftsausschusses des Bundesrates Ende Dezember, in der er sich sehr nachdrücklich für die Erhöhung des Benzinpreises um 50 Prozent einsetzte, der Satz entschlüpft: "Ja, damit komme ich im Emeland aus". Für Benzinpreise ist aber das Wirtschaftsministerium zuständig. Seeborn kann also kaum gemeint haben, dass er als Verkehrsminister damit auskomme. In welcher Eigenschaft aber sonst kommt er damit aus? fragen wir höflich. (m/l/lol/hs)

Verantwortlich: Peter Reunau